

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39  
Telex: 896846 ppbn d  
Telefax: 210664

## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB zur Gründung des DGB vor 40 Jahren: Ohne Gewerkschaften sähe diese Republik anders aus.

Seite 1

Prof. Dipl.-Ing. Monika Gansforth MdB zu einem Gespräch mit Politikerinnen eines im Aufbruch befindlichen Landes: Vietnam braucht unsere Hilfe.

Seite 3

Dr. Hermann Scheer MdB zu der deutschlandpolitischen Programm-Diskussion: Die Chance für eine europäische Föderation ins Auge fassen.

Seite 4

### Dokumentation:

Der Berliner SPD-Landesvorstand hat einstimmig eine Erklärung zur Deutschlandpolitik beschlossen, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Seite 6

44. Jahrgang / 196

11. Oktober 1989

Ohne Gewerkschaften sähe diese Republik anders aus

Zur Gründung des DGB vor 40 Jahren

Von Rudolf Dreßler MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA)

Als sich die deutschen Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch des Faschismus anschickten, ihre von den Nazis zerschlagenen Organisationen wieder aufzubauen, standen zwei Gedanken im Vordergrund:

Der Gedanke der Einheit und der Gedanke, pro Betrieb und Branche mit einer Stimme zu reden.

Die Lehren aus der Vergangenheit waren es, die dazu führten, die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft und der Industriegewerkschaft zum Leitbild der Arbeitnehmerbewegung werden zu lassen.

Nie wieder sollte es zur Zersplitterung und damit Schwächung der Gewerkschaften kommen.

Die Frauen und Männer, die sich daran machten, die Beschäftigten im Nachkriegsdeutschland zu organisieren, haben von Anfang an nach diesen Prinzipien gehandelt. Sie haben sich bis in die heutige Zeit bestens bewährt. Die DGB-Gewerkschaften sind starke und handlungsfähige Organisationen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat stets ein konstruktives Verhältnis zum DGB und seinen Gewerkschaften gewahrt. Es ist geprägt von der gemeinsamen Wurzel der Arbeiterbewegung.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos Lesern  
zu erhalten. Bestellen Sie  
Kreuzung-Papier



Für beide Seiten galt aber auch stets: Eine Einheitsgewerkschaft kann keine Parteigewerkschaft sein, und eine große Partei wie die SPD keine Gewerkschaftspartei. Daraus hat sich letztlich das partnerschaftliche, kritisch-konstruktive Verhältnis ergeben.

Ohne starke Gewerkschaften sähe diese Republik anders aus. Zum massiven Sozialabbau der vergangenen Jahre wäre es nicht gekommen - denn ein Sozialstaat hätte ohne die DGB-Gewerkschaften überhaupt nicht entstehen können. Soziale Errungenschaften wurden von den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern dieser Republik stets zäh erkämpft. Für den DGB und seine Gewerkschaften bleiben die Verteidigung des Sozialstaates und der Kampf für die Verbesserung der Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten auch nach 40 Jahren auf der Tagesordnung.

Sich zurückzulehnen und mit dem Erreichten zufrieden zu sein, war nie Sache der Arbeiterbewegung. In einer sich ändernden und entwickelnden Gesellschaft gibt es auch für Gewerkschaften keinen Stillstand. Und gerade die Gewerkschaften waren es, die in dieser Gesellschaft immer wieder entscheidende Anstöße gegeben haben.

Von den zur Zeit regierenden Parteien ist eine nach vorn gerichtete Gesellschaftspolitik nicht zu erwarten. Es sind die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, die Perspektiven und Utopien formulieren. In der gesellschaftlichen Stoßrichtung wissen sich DGB-Gewerkschaften und SPD einig.

Über Etappen zu diskutieren und zu streiten, gehört zur konstruktiven Auseinandersetzung. Das war in den vergangenen 40 Jahren so, und das wird in Zukunft so sein. (-/11.10.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

### Vietnam braucht unsere Hilfe

---

Resümee eines Gesprächs mit Politikerinnen dieses im Aufbruch befindlichen Landes

Von Prof. Dipl.-Ing. Monika Ganseforth MdB

Nach einem Gespräch mit drei Vertreterinnen der Frauen-Union Vietnams unter Leitung der Generalsekretärin und Vizepräsidentin Nguyen Thi Than, die auch Abgeordnete der Nationalversammlung der SRV und Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales ist, kann ich folgendes Resümee ziehen: Frauenpolitik in Vietnam ist noch geprägt von der Bewältigung der Folgen des mörderischen Krieges, in dem zwei Millionen Menschen umkamen, 800.000 zu Waisen, eine Million verletzt und verstümmelt wurden und die Umwelt systematisch zerstört und verseucht wurde.

Als in Vietnam der Krieg tobte, haben wir uns für das ferne asiatische Land interessiert. Jetzt - wo es für den Aufbau unsere Hilfe braucht - ist es fast völlig aus unserem Blickfeld verschwunden. Die 1973 verbindlich zugesagte Finanzhilfe wurde nicht ausgezahlt, zuletzt wegen des Einmarsches vietnamesischer Truppen in Kampuchea. Aber auch dieser Grund entfällt seit dem 30. September 1989, so daß wir endlich den vietnamesischen Menschen die nötige Aufbauhilfe leisten müssen. Nur so können die Bemühungen der Ministerin und Generalsekretärin der Frauen-Union Vietnams Erfolg haben, bei der Gesundheits- und Sozialpolitik die Belange der Frauen und Familien besonders zu berücksichtigen.

Frauen tragen in Vietnam vielfache Verantwortung: auf den politischen Entscheidungsebenen - 25 Prozent der Abgeordneten der Nationalversammlung und drei von sieben Ausschußvorsitzenden sind Frauen -, im Berufsleben und in der Familie. Vorbildlich sind die Beurlaubungsmöglichkeiten junger Mütter nach der Geburt eines Kindes bei voller Bezahlung und Arbeitsplatzgarantie sowie die anschließende reduzierte Arbeitszeit bei voller Bezahlung.

Große Anstrengungen werden gemacht, durch Aufklärung und Hilfen die Geburtsraten zu senken. Schließlich wird versucht, die Ausbildung junger Mädchen zu verbessern sowie ausreichende Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Wir sollten diese Bemühungen finanziell und ideell unterstützen.

(-/11.10.1989/vo-he/rs)

Die Chance für eine europäische Föderation ins Auge fassen

---

Gedanken zu der deutschlandpolitischen Programm-Diskussion

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Programmkommission der SPD Baden-Württemberg

Die Deutschlandfrage ist eine Kernfrage sozialdemokratischer Identität. Es geht dabei nicht um Wiedervereinigung - ein Begriff, der an eine nicht wiederkehrende Vergangenheit anknüpft -, sondern um die Frage einer neuen Einheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, für die es kein Vorbild in der deutschen Geschichte gibt.

Für das Grundsatzprogramm der SPD reicht die folgende Formulierung nicht aus:

„Es muß offen bleiben, ob und wie die Deutschen in beiden Staaten in einer europäischen Friedensordnung zu institutioneller Gemeinschaft finden.“

Dies ist zwar richtig, es sagt aber zu wenig, was wir selbst wollen - außer, daß es keinen „deutschen Sonderweg“ geben darf und diese Frage der europäischen Friedenssicherung untergeordnet bleiben muß. Was geschieht aber, wenn - wie es Karl Marx sagte - eine Entwicklung eintritt, in der die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen, - wenn die Menschen anfangen, ihre eigene Ost/West-Politik zu machen und nicht mehr warten, was am grünen Tisch von Regierungen ausgehandelt wird.

Wir wissen auch, daß es unmöglich ist, eine Einheit der Deutschen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland zu vollziehen.

Unsere Politik hat sich in den zurückliegenden Jahren an einer dauerhaften deutschen Zweistaatlichkeit orientiert. Es ist erforderlich, auf der Grundlage des unbedingten Vorrangs der Friedenssicherung, das generelle Ziel einer Einheit der Deutschen im Rahmen einer breiteren gemeinsamen europäischen Föderation zu formulieren.

Wir sollten dabei programmatisch offen sein für zwei grobe Denkmöglichkeiten: die eine ist eine Zweistaatlichkeit in einer europäischen Föderation - mit der ja nicht nur unsere Nachbarn in Ost

und West vorliebnehmen, sondern auf die auch die Reformgruppen in der DDR zielen, die weder einen Anschluß an die Bundesrepublik Deutschland noch eine Kopie derselben wollen. Die andere Denkmöglichkeit ist die einer deutschen Einstaatlichkeit in einer europäischen Föderation, die sich in dem Maße an der Basis entwickelt, in dem die SED sich gegenüber den Prozessen in der Sowjetunion, Polens, Ungarns und wahrscheinlich auch der CSSR weiter isoliert - und das in einer Zeit, in der sich der Warschauer Pakt ohnehin in Auflösung befindet.

Wenn die Reformstarre der SED weitergeht, wird keine Regierung einen von der Basis ausgehenden Einheitsdruck noch ausweichen können, und kein diplomatischer Verhandlungstisch wird diesem Druck standhalten können. Auch wir könnten und dürften es dann nicht. Die Ironie der Gegenwart besteht darin, daß die SED-Führung die Chance zur Eigenexistenz der DDR verspielt, wenn sie sich den überfälligen Reformen verweigert und Demokratie weiter unterbinden will.

Von Tag zu Tag wird klarer: die einzigen Garanten einer künftigen Eigenexistenz der DDR sind die Reformgruppen, wenn sie die Chance erhalten und mitwirken können, eine demokratische sozialistische Republik zu schaffen und die Menschen zur würdigen Mitwirkung an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Reform der DDR zu motivieren.

1963 prägte Egon Bahr die Formel „Wandel durch Annäherung“, die danach ausgerichtete Entspannungspolitik ist eine der größten historischen Leistungen der SPD. Auf der dadurch geschaffenen Grundlage geht es jetzt um „Annäherung durch Wandel“. Diesen Wandlungsprozeß konkret einzufordern und entsprechende Initiativen aktiv zu unterstützen, ist die vor uns liegende Aufgabe. Nur dann besteht die Chance zu einer europäischen Föderation ohne Brüche und im Konsens mit allen unseren Nachbarn - eine Chance, die wir anderen Möglichkeiten vorziehen sollten, und die allein von einer erstarrten SED verspielt werden kann. (./11.10.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

## DOKUMENTATION

### Den Dialog fortsetzen und verstärken

Der Berliner SPD-Landesvorstand hat einstimmig eine Erklärung zur Deutschlandpolitik beschlossen, die wir im Wortlaut dokumentieren.

1. Die Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen alle Bestrebungen, die darauf abzielen, den Menschen in der DDR demokratische Beteiligungschancen und Selbstbestimmung zu gewährleisten. Wir können und wollen den Bürgerinnen und Bürgern der DDR nicht vorschreiben, in welchen politischen Formen und mit welchen gesellschaftlichen Zielen sie ihr Recht auf Selbstbestimmung ausüben.

Im Einklang mit den Prinzipien und bisherigen Ergebnissen des Helsinki-Prozesses, die es auch auf anderen Gebieten zu verwirklichen gilt, haben für uns die Reisefreiheit, also die völlig Durchlässigkeit der Grenze, die Meinungs- und Informationsfreiheit und die selbstverantwortliche Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger der DDR an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse Priorität.

2. Die Demonstrationen anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik haben gezeigt, daß die gegenwärtige Partei- und Staatsführung in einer tiefen Krise ist. Die SED muß endlich erkennen, daß tiefgreifende Reformen zur Demokratisierung des Staats- und Wirtschaftslebens unausweichlich sind. Die Berliner SPD fordert die SED auf, sich dem kritischen Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen in der DDR zu stellen.

3. Die Zurückweisung von Besuchern an den Übergängen widerspricht in eklatanter Weise den Vereinbarungen über den ungehinderten Reise- und Besucherverkehr sowie dem Viermächte-Abkommen über Berlin.

Der Landesvorstand kritisiert die Zurückweisungen und fordert die SED-Führung auf, die getroffenen Vereinbarungen zu erfüllen. Diese Vereinbarungen stehen nicht im Belieben der DDR und sind auch nicht interpretationsfähig. Die DDR muß sich die Frage gefallen lassen, ob sie im deutsch-deutschen Verhältnis und bei internationalen Beziehungen ein verlässlicher Partner ist.

4. Der SPD-Landesvorstand verurteilt die Gewaltanwendung von Staatsorganen der DDR bei den friedlichen und gewaltfreien Demonstrationen im anderen Teil der Stadt und in vielen Städten der DDR und die massive Behinderung von Journalisten, Kameraleuten und Fotoreportern.

Wir fordern die Freilassung der inhaftierten friedlichen Demonstranten.

Wir fordern die SED auf, das Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit zu gewährleisten. Durch Gewalt lassen sich kritische Äußerungen und oppositionelle Entwicklungen in der DDR weder verheimlichen noch unterdrücken.

5. Die Berliner SPD tritt gerade in der jetzigen Konfliktsituation dafür ein, den Dialog mit der SED und den offiziellen staatlichen Stellen sowie mit kritischen Gruppen und demokratischen Initiativen fortzusetzen und zu verstärken. Zur Fortsetzung des Dialogs zwischen den Menschen und den Institutionen beider deutscher Staaten gibt es keine verantwortbare politische Alternative.

6. Die Berliner SPD begrüßt die Zusammenschlüsse von kritischen Bürgerinnen und Bürgern in der DDR zu demokratischen Organisationen mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR, der Schaffung von Pluralität des gesellschaftlichen Lebens und der freien Meinungsäußerung.

Auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Menschen in der DDR muß es ihren Bürgerinnen und Bürgern überlassen bleiben, selbst den Aufbau eigenständiger politischer Parteien ohne Provokation von außen und gewaltsamer Behinderung im Innern voranzubringen. In diesem Sinne begrüßt die Berliner SPD die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR. Eine Wiederbelebung der SPD-Kreisverbände in Ostberlin kommt nicht in Betracht. (-/11.10.1989/vo-he/rs)